

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 25. Juni 2013

**Dringlichkeitsantrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 27. Juni 2013**

Die private österreichische Entsorgungswirtschaft erwirtschaftet rund 4 Milliarden Euro und stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor mit enormen Beschäftigungs- und Investitionsimpulsen dar. In den privaten österreichischen Abfallwirtschaftsbetrieben sind über 25.000 Personen beschäftigt. Private Abfallwirtschaft sammelt, behandelt, verwertet und entsorgt drei Viertel des gesamten anfallenden Abfalls.

Durch die Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 (2408 d.B.) und der damit verbundenen negativen Änderungen, speziell in der Sammlung und Verwertung von Leichtverpackungen aus Haushalt und Gewerbe (*drohende österreichweite Hohlkörpersammlung*), sind in der österreichischen Entsorgungswirtschaft bis zu 2.500 Arbeitsplätze in Gefahr. Weiters droht der Verlust von mehr als 10.000 Tonnen stofflich verwertbarer Kunststoffverpackungen als Sekundärrohstoff und von ca. 100.000 Tonnen Ersatzbrennstoffmaterial für die Industrie. Der Schaden für die Entsorgungswirtschaft wird bis zu 200 Millionen Euro – in den kommenden Jahren – betragen. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass es zu einer Verschärfung der CO²-Problematik in Österreich kommt.

Auf Grund der gesetzlichen Definitionen von Haushaltsverpackungen werden verstärkt Gewerbebetriebe – gerade im Bereich der Kleinunternehmen – in die Haushaltssammlung „gedrängt“. Dies könnte eine Steigerung der Kosten für die Restmüllentsorgung, analog den Haushalten, um bis zu 100% bedeuten (Abrechnung meist nach Volumen).

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die vorliegende AWG-Novelle nicht beschlossen wird und mit dem zuständigen Ministerium eine Neuverhandlung – unter Einbeziehung aller betroffenen Sparten – vorgenommen wird.


LAbg. Wolfgang Klüger
Del. z. Wirtschaftsparlament


KommR Matthias Krenn
Fraktionsobmann


KommR Fritz Amann
WKÖ-Vizepräsident